

Die Rede von Ilse Schaad am 25. Februar in Hannover

Drei Verhandlungsrunden waren vereinbart. Drei sind nun rum. Inhaltlich kann man sie sehr kurz zusammenfassen. Am 19. und am 26. Januar ist außer Spesen nix gewesen. Am 14.2. haben die Arbeitgeber ein Angebot unterbreitet und haben dann die Koffer gepackt.

Das Angebot:

6 Nullmonate in 2009, ab 1.7. 4,2 Prozent mehr und in 2010 zwölf Nullmonate.

Rechnen wir mal nach. Für jemanden, der 2500 Euro brutto verdient, heißt das, dass er in den nächsten 24 Monaten 18 mal ungefähr 100 Euro mehr bekommt. Am Ende hat er 1800 Euro mehr als jetzt. Das ist weniger als beim Autokauf als Abwrackprämie für eine alte Schrottlaupe gezahlt wird.

Wir wollen mehr!

Acht Prozent mehr – mindestens 200 Euro - für die Angestellten und Beamtinnen der Länder, mit dieser Forderung sind wir in die Tarifrunde gegangen.

Die letzte Einkommenserhöhung von circa 3 Prozent zum 1. Januar 2008 hat noch nicht einmal die Preissteigerung ausgeglichen.

Davor gab's 2004 zweimal ein Prozent – das war der Preis für die Ostangleichung, die uns die Arbeitgeber jetzt wieder reinrechnen wollen. Sie wollen erneut den Osten abkoppeln.

Dazu sagen wir: mit uns nicht!

Die aktuelle Wirtschaftskrise ist auch deswegen entstanden, weil die Nachfrage nicht steigen kann, wenn die Beschäftigten immer weniger in der Tasche haben. Deshalb sagen wir: Eine Tarif- und Besoldungserhöhung von 8 Prozent für die Beschäftigten ist ein Konjunkturprogramm, weil damit die Nachfrage gestärkt wird.

Und: dieses Programm kommt bei den Richtigen an!

Schutzschirme für die Banken, für die Autoindustrie, Abwrackprämien – wer weiß ob's hilft. Und wer weiß, wem es hilft – uns jedenfalls nicht.

Die Steigerung der Nachfrage – da sind sich diesmal alle Wirtschaftsweisen einig – hilft auf jeden Fall. Vier von fünf Arbeitsplätzen hängen nämlich von der Binnennachfrage ab.

Die Binnennachfrage ist im letzten Aufschwung 1998 bis 2000 um ca. 11 Prozent gestiegen. Nicht so in diesem Aufschwung: sowohl die Beschäftigung als auch der private Konsum haben sich im Aufschwung 2006 bis 2008 nicht entwickelt. Genau das ist ein Grund für die Krise.

Die Arbeitgeber verhalten sich im Übrigen im Aufschwung und im Abschwung immer gleich: Geld für die Beschäftigten ist nie da.

Auch die besten Argumente, die geschicktesten Verhandlungsführer auf unserer Seite werden die Arbeitgeber nicht überzeugen. Das was wir durchsetzen, hängt nur von uns selbst, von unserer Bereitschaft für unsere Forderungen zu kämpfen, ab.

Jetzt den Beschäftigten, die in den letzten 10 Jahren Reallohnverluste hinnehmen mussten, die aktuelle Wirtschaftslage entgegen zu halten, ist mehr als zynisch. Auch wenn wir die Dramatik der Situation nicht verkennen, vergessen wir nicht, wer dafür verantwortlich ist.

Einige wenige haben mit Leerverkäufen, Immobilienspekulationen und maßloser Gier den gesellschaftlich erzielten Wohlstand verzockt – und nun sollen die, die immer davor gewarnt haben, die Zeche zahlen. Nämlich die abhängig Beschäftigten.

Dazu sagen wir: Nicht mit uns!

Egal ob es um Quartalsverluste von Kreditinstituten, „Schutzschirme“ aller Art, „Kreditklemmen“ oder Bürgschaften für Autobauer geht, stets kommen Summen ins Spiel, die ein normaler Mensch sich gar nicht vorstellen kann.

Dagegen fällt die Tarifforderung der Gewerkschaften nach 8 Prozent Lohnerhöhung geradezu bescheiden aus. 8 Prozent für die 2 Millionen Beschäftigten macht gerade mal 7,8 Millionen Euro. Dafür würde die Hypo Real Estate nicht mal einen neuen Termin ausmachen.

Aber – so die Gegenargumentation – jetzt hohe Lohnforderungen zu stellen, sei „nicht zeitgemäß“. Jetzt werde das Geld für Investitionen gebraucht. Schließlich könne man das Geld, das ohnehin nur durch Neuverschuldung aufgebracht werden kann, nicht zweimal ausgeben. Jetzt werde das Geld gebraucht, um Schulen, Kitas und Universitäten zu sanieren. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist bitter nötig.

Aber: es ist auch ein Armutszeugnis für Deutschland. Seit Jahren leben und lernen unsere Kinder in Bruchbuden, da hat es keiner für nötig gehalten, ordentliche Verhältnisse zu schaffen. Jetzt soll investiert werden – für die Wirtschaft, nicht für unsere Kinder.

Die Gewerkschaften verlangen in den Ländern nichts Maßloses, sondern lediglich das, was die Kolleginnen und Kollegen beim Bund und den Kommunen auch erhalten.

Fast zwei Millionen Beschäftigte – 700.000 Angestellte und 1,25 Millionen Beamtinnen und Beamte sind direkt von dieser Tarifrunde betroffen.

941 000 davon arbeiten als Lehrkräfte in den Schulen. Dass diese Beschäftigten etwas bewegen können, haben wir in der ersten Warnstreikwelle gezeigt.

Mehr als 75 000 Lehrkräfte haben da gestreikt. Das war super!

Wir wollen in dieser Tarifrunde aber nicht nur Anschluss halten an die Einkommensentwicklung bei Bund und Kommunen.

Wir wollen auch eine Reihe von strukturellen Verbesserungen für Beschäftigte in Bildung und Erziehung. Für diese gab es nämlich durch die Umstellung auf den TV-L - anders als für die Beschäftigten in anderen Bereichen – zusätzliche Probleme.

Es ist vollkommen inakzeptabel, dass durch das neue Tarifsysteem z.B. junge Lehrkräfte und Wissenschaftlerinnen bis zu 27 Prozent ihres Einkommens verloren haben. Es ist nicht hinnehmbar, dass die alten Aufstiege für Erzieherinnen ausgelaufen sind.

Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind heute nicht mehr zu vertuschen: für junge Menschen sind die Berufe in Bildung und Erziehung nicht mehr attraktiv. Dort wird nämlich zu wenig verdient.

Jetzt reagieren die Länder:

- Berlin stuft alle angestellten Lehrkräfte in die 5. Stufe ein.
- In Baden-Württemberg werden 800 Euro Zulage gezahlt – nicht im Jahr – im Monat!

Mit diesen Anwerbepremien werben die reichen Länder bei den ärmeren dort teuer ausgebildete junge Lehrerinnen und Lehrer ab.

Aber: damit wird keine dauerhafte und nachhaltige Verbesserung geschaffen. Die Zulagen sollen von künftigen Steigerungen aufgezehrt werden.

So werden nur neue Probleme geschaffen. Die so Geworbenen werden sich nämlich alsbald nach der nächsten Prämie umsehen. Und: das wird nichts daran ändern, dass für 100 ausscheidende Lehrkräfte nur 60 junge zur Verfügung stehen.

Da kommt jetzt Frau Schavan – das ist die Bundesbildungsministerin – und schlägt vor, dass Vertreter der Wirtschaft den Mangel beheben. Sie sollen in die Schulen gehen und ein bisschen unterrichten.

Hallo? Vertreter der Wirtschaft? Nachdem sie die Wirtschaft platt gemacht haben, sollen sie sich jetzt an unseren Kindern versuchen?

Lieber nicht!

Das Institut der deutschen Wirtschaft – das ist das Institut, das arbeitgebergesteuert ist und in den letzten Jahren die richtigen Tipps gegeben hat – schweigt zwar zur wirtschaftlichen Lage – hängt sich aber jetzt voll in die Bildung rein. Davon verstehen die auch nichts.

Ihr Vorschlag: nur die besten Abiturienten sollen Lehrer werden. Das ist gut – obwohl man die Besten nicht an den Abiturnoten erkennt.

Wer aber die Besten will, muss wenigstens gute Arbeits- und Einkommensbedingungen anbieten. Das ist aber nicht der Fall: im Gegenteil!

Herr Speer – das ist der brandenburgische Finanzminister und einer der Verhandlungsführer – meint, das Problem mit der Lehrerversorgung bestehe im Osten nicht – da seien alle in Teilzeit. Das ist erschütternd! Ein Finanzminister glaubt, dass Lehrer langsamer alt werden, wenn sie in Teilzeit sind.

Der von den Ländern angezettelte Wettbewerb sei – so die Verhandlungsführer Möllring, Linssen und Speer – Ausdruck der Freiheit des Marktes.

Da fällt einem doch nichts mehr ein.

Nachdem die Finanzmärkte unter der Freiheit des Marktes zusammengebrochen sind, müsste jedem verantwortlich handelnden Politik so ein Spruch im Halse stecken bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bis zum Wochenende müssen wir alles tun, um den Arbeitgebern zu zeigen, dass wir trotz – oder auch gerade wegen – der wirtschaftlichen Lage, alles tun werden, um unsere Forderung durchzusetzen.

Dazu habt ihr heute euren Beitrag geleistet. Ob es der letzte sein wird, wissen wir nicht. Im Zweifelsfall sind wir alle aber bereit, mehr und länger Druck zu machen.

Ich bin in den letzten Tagen häufig gefragt worden, was die Gewerkschaften denn machen werden, ob sie nicht – wenn die Arbeitgeber ein zartes Angebot machen werden – einknicken und schnell Ja sagen.

Jeder weiß natürlich, dass am Ende einer jeden Verhandlung ein Kompromiss steht. Dieser Kompromiss soll aber zu unseren Gunsten ausgehen - und das geht nur, wenn man Druck macht.

Der Verhandlungsführer der Länder – der niedersächsische Finanzminister Möllring – hat am 14. Februar gesagt, dass er 2006 15 Wochen Streik ausgehalten hat und dann seien die Gewerkschaften gekrochen gekommen. Vor drei Jahren hat kein Lehrer gestreikt – das war nicht gut. Das ist heute ganz anders! Diesmal streiken die Lehrkräfte wie alle anderen auch. Sie gehen für ihre Interessen auch auf die Straße.

Wir werden sehen, was die Arbeitgeber am Wochenende bieten. Über Annahme und Ablehnung entscheiden auf jeden Fall die Gewerkschaftsmitglieder in einer flächendeckenden Befragung. Und wenn das Angebot nicht stimmt, wird es eben abgelehnt und im Zweifelsfall wird dann auch weiter gestreikt.

Wir tun das nicht gern, aber – liebe Kolleginnen und Kollegen – was sein muss, muss sein!